

Kurzbericht

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (46. - öffentliche - Sitzung am 3. Dezember 2020)

Beratungsthemen:

1. Unterrichtung der Landesregierung über die zukünftige Zusammenarbeit mit den Niederlanden auf der Grundlage von INTERREG

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. EU-Angelegenheiten

a) Unterrichtung durch die Landesregierung über die Bundesratsdrucksache 624/20 - Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein allgemeines Umweltaktionsprogramm der Union für die Zeit bis 2030; COM(2020) 652 final

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und bat die Landesregierung bei Vorliegen eines neuen Sachstandes um eine ergänzende Unterrichtung.

b) Unterrichtung durch die Landesregierung über die Bundesratsdrucksache 649/20 - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union; COM(2020) 682 final

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache und nahm eine weitere Befassung mit dem Thema in Aussicht.

3. Berichte über Frühwarndokumente

Der Ausschuss nahm kurze schriftliche Unterrichtungen durch die Landesregierung zu folgenden Bundesratsdrucksachen entgegen:

- 690/20: Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines gemeinsamen Verfahrens zur Gewährung internationalen Schutzes in der Union und zur Aufhebung der Richtlinie 2013/32/EU COM(2020) 611 final; Ratsdok. 11202/20
- 694/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Pilotregelung für auf der Distributed-Ledger-Technologie basierende Marktinfrastrukturen COM(2020) 594 final
- 695/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Kryptowerte und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937 COM(2020) 593 final

4. Terminangelegenheiten

Der Ausschuss befasste sich mit Möglichkeiten, das ursprünglich für April 2021 vorgesehene Treffen mit Vertreter der niederländischen Nordprovinzen nachzuholen.